

Verlag: Sozialistischer Verlag e. V. m. B. G.
Breslau 1, Nikolaiftr. 49/50. — Tel. Ring 8887.

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch den Träger 1,40 RM. für die Woche, 6.—RM. für den Monat. Durch die Post: 6,10 RM. für den Monat.
Verlagskonto, Nr. 28885
Sozialistischer Verlag, e. V. m. B. G., Breslau.
Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 RM., aufwärts 0,90 RM. Wochen- und Monatsanzeigen: Familienkassen-Verkauf und Veranlassung-Anzeigen 0,40 RM. Restraum: Die Millimeterzeile, dreizehnspalten oder deren Raum, im Zeit 2.—RM.

Eisenbahner heraus!

Dienstag, den 28. Dezember 1920, abends 7 Uhr, im „Central-Ballsaal“, Westendstraße 50/52

Öffentliche Versammlung

Thema: Das demokratische Parlament, die Kommunisten und die wirtschaftliche Lage der Eisenbahner.
Referent: Gen. Klein-Hamburg.

Der Aktionsausschuß der V. K. P. D. (Ortsgruppe Breslau).

Politische Uebersicht.

Werden die Eisenbahner streiken?

Dem „Vorwärts“ ist von 50 Eisenbahnerverbänden folgender Aufruf zugegangen:

Die unterzeichneten Großorganisationen der Lohn- und Gehaltsempfänger der Reichseisenbahn erklären, daß die durch den Reichstag erfolgte Erhöhung der Kinderzulage den notwendigen Ansprüchen der Beamten noch nicht im entferntesten genügen könne.

Die Organisationen sind gewillt, alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen, um den Eisenbahner und ihren Familien Existenzmöglichkeit zu gewähren. Die Not derselben ist uns unerträglich geflogen. Schnelle und ausreichende Hilfe aus diesem Glend ist notwendig. Die Organisationen richten nochmals den dringenden Appell an Regierung und Parlament, damit diese helfend eingreifen. Sollten diese Bemühungen ohne Erfolg bleiben, so haben sich die Organisationsleitungen entschlossen, zum Streik zu greifen.

Der Deutsche Eisenbahnerverband läßt den Berliner Ältesten eine Zuschrift zugehen, in der die Forderungen der vier großen deutschen Eisenbahnerverbände der Reichsregierung übermittleit werden. Für die Eisenbahnarbeiter wird eine Erhöhung des Teuerungszuschlages um 1 Mark pro Stunde und für die Beamten eine Erhöhung der Teuerungszuschläge um 90 Prozent gefordert. Ferner werden sie beschleunigtes Inkrafttreten des Besoldungsgesetzes und sofortige Verhandlungen über die neuen Besoldungen. Zum Schluß wird die Streikdrohung ausgesprochen.

Nach den bisher eingelaufenen Meldungen muß man sicher annehmen, so schreibt die „Deutsche Zeitung“, daß von den in der Reichsgewerkschaft zusammengeschlossenen Eisenbahnbeamten mehr als 70 Prozent für den Streik stimmen werden, falls nicht der Reichsfinanzminister sich zu anderen Zugeständnissen bereit erklärt. In einzelnen Orten haben die Eisenbahner die Einstellung des Verkehrs für den 24. Dezember verlangt, doch haben die Organisationen diese Bestrebungen bisher noch zu unterdrücken verstanden. Eine Berliner Korrespondenz verbreitet die folgende Meldung:

Die Verhandlungen, die seit einigen Tagen zwischen den Großorganisationen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter schweben, sind zum Abschluß gebracht worden. Soweit sich bis jetzt erkennen läßt, besteht bei allen Verbänden die Meinung, bei dem bevorstehenden Weihnachtstreffen und der Arbeiter auf der anderen Seite auf eine gemeinsame Formel zu bringen. Wenn auch offiziell noch der Entscheidung des Reichstages die Verhandlungen mit der Regierung und den einzelnen Ministerien abgebrochen sind, werden doch noch inoffizielle Besprechungen gepflogen, so daß eine schwache Hoffnung besteht, einen Zustand der Eisenbahner zu vermeiden. Immerhin haben sich die Verhältnisse doch sehr zugespitzt und eine Entscheidung dürfte noch in den letzten Tagen des Jahres zu erwarten sein.

In Dresden fand am 19. Dezember eine von der Reichsregierung einberufene Verhandlung statt, an der die Vorstandsmitglieder, Bezirksleiter, Bezirks-

vorstehenden und Fachgruppenleitern besucht war und zur Ablehnung der Erhöhung der Teuerungszuschläge Stellung nahm. Nach einer eingehenden Aussprache wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die am heutigen Tage versammelte Verbandskonferenz der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner nimmt Kenntnis von den durch die Gewerkschaftsleitung unternommenen Schritten zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Beamten, Gehältern und Arbeiter der Reichseisenbahn und spricht der Leitung ihr vollstes Vertrauen aus. In die Gewerkschaftsleitung richtet sie das dringende Ersuchen, weiterhin alle Verhandlungsmöglichkeiten restlos zu erschöpfen, um eine befriedigende Lösung zu erreichen. Sollten alle Bemühungen erfolglos sein, ist gemeinsam mit allen übrigen Organisationen das letzte gewerkschaftliche Mittel anzuwenden, um das Eisenbahnerpersonal vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bewahren. In die gesamte Öffentlichkeit wird das dringende Ersuchen gerichtet, den Eisenbahner in der Erfüllung ihrer bescheidenen Forderungen beihilflich zu sein.“

Wenn auch nicht bei der gesamten Öffentlichkeit, wohl aber bei den Arbeitern werden die Eisenbahner Unterstützung und Verständnis finden.

Die Beamten der österreichischen Südbahn verlangten am Dienstag die Auszahlung einer Weihnachtsgeldgratifikation. Die Direktion der Südbahngesellschaft erklärte, diese Ansprüche nicht erfüllen zu können, worauf der Verkehr der D- und Schnellzüge eingestellt wurde. Wenn die Forderungen auch am Mittwoch nicht bewilligt werden, soll auch der Verkehr der Personenzüge eingestellt werden. Es wird sogar gefürchtet, daß sich die Privateisenbahner der Bewegung anschließen und daß ein allgemeiner Eisenbahnstreik in den nächsten Tagen in Österreich voraussetzen sei.

Das Antistreitgesetz.

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Am 14., 15. und 16. Dezember 1920 ist der auf Grund der früheren Kommissionsberatungen aufgestellte amtliche Entwurf einer Schlichtungsordnung mit Vertretern der obersten Reichsbehörden und der Regierungen der Länder im Reichsarbeitsministerium durchberaten worden. Unter Berücksichtigung des Ergebnisses dieser Besprechung wird der Entwurf im Januar nächsten Jahres dem Reichskabinett zur Beschlussfassung unterbreitet und sodann dem Reichswirtschaftsrat zur Beratung vorgelegt werden.

Die Arbeiterschaft hat die Pflicht, dieses Anbelangungsgesetz mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Almosen.

W. L. B. meldet, daß den ehemaligen Kriegsteilnehmern von 1884, 1886 und 1870/71, soweit sie vermögenslos oder infolge des Alters erwerbsunfähig sind, zwar bei der schlechten Finanzlage des Reiches nicht dauernd geholfen werden kann, aber in Anbetracht der 50jährigen Wiederkehr der Tage der glorreichen Siege von 70/71 eine Ehren- und zugleich Weihnachtsgabe von 150 Mark einmalig ausbezahlt werden soll.

Von dieser „Ehre“ können die hungernden Veteranen wirklich satt werden! Die Regierung läte besser daran, alle patriotischen Erinnerungssphrasen beiseite zu lassen, dafür aber wirklich etwas Kostbares zur Beseitigung der entsetzlichen Not der Kriegsinvaliden zu tun. Aber freilich: das kostete Geld, und Geld ist bloß für die Reichswehr und ähnliche monarchistische Versorgungsaufgaben da: Die Proleten mögen verhungern, je mehr, desto besser!

Das Proletariat soll das Opfer sein!

Von Genf aus telegraphieren tausend Journalisten Unfug in die Welt. Daß es keinen Völkerbund gibt, daß nicht schieblich gerichtet und abgerüstet wird, mußten sie wissen. Aber sie telegraphieren und mühen sich krampfhaft, aus dem Zusammenbruch noch etwas Positives herauszuholen. Es ist nichts Positives herauszuholen. Auch die Abgabe Argentinas ist nichts Positives. Die deutschen Völkerbundenthusiasten freuen sich über die Abgabe, künden grinsend einen hundzerrüttenden Konflikt an, während sie webedad vor der Türe des Bundes stehen. Es ist die Kriegspresselogik, die bei uns immer noch blüht.

Wie kann man Abrüstung erwarten, wenn die Staats der Staaten noch immer von Waffen glänzen. Frankreich sieht 5,7 Milliarden Fr. jährlich Deeresausgabe vor, Italien 9,5 Milliarden Lire, England 230 Millionen Pfund Sterling, die Tschecho-Slowakei 2,4 Milliarden Kronen, Horthy-Ungarn 4,6 Milliarden Kronen, Deutschland 4,5 Milliarden Mark usw. Das ist das Bekenntnis zum Bazillismus. Es war in den Völkerbundverhandlungen schon folgendermaßen abgeklärt: „Die Bundesmitglieder bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist.“ Nun: Was die Regierungen fordern, ist für sie im Augenblick das Mindestmaß. Es ist aber noch lange nicht das Höchstmaß. Von Jahr zu Jahr wird, wenn nicht die Weltrevolution kommt, das Mindestmaß erhöht werden und die ganzen Völkerbundverhandlungen werden verstaubtes Altpapier sein.

Während so in der Welt wieder Rüstungen auf Rüstungen stehen, suchen die Kapitalisten die Zwischenzeit mit Valutagewinnen und Akkorden auszufüllen. Der ganze internationale Schwag, der Schwag auf Kongressen, in Reichswirtschaftsräten, Parlamenten usw., der Geld- und Produktionschwag, hat nur einen Zweck, auf Kosten des Proletariats Zwischengewinne zu sichern. Wie vorher ist so viel geschwagt worden. Während man den Sowjet-Russen vorwirft, Debattenpolitik zu treiben, redet man selbst Tag und Nacht und die Zeitungen waren nie so vollgepfropft mit dummen Dialogen, wie in dieser Zeit. Rathenau behauptet, er sei ein Wirtschaftspurdenker, im Reichstag will jede Partei das Volk ernähren, wobei Millionen verhungern können, Not und Appelle, denen kein Mensch außerhalb Deutschlands glaubt, werden wie im Krige in die Welt geschmettert. Die Lage wird immer dicker, immer schamloser. Die Orgeschote ist der bisher erreichte Gipfel. Aber man wird darüber noch hinaus kommen.

Alles das sind Hinterlassenschaftsunternehmen. Nachdem die Hoffnungen auf Genf verkracht sind, bülhen die Hoffnungen auf Brüssel. In Frankreich und Deutschland wird eifrig an dem Akkord gearbeitet. Was vor vielen Wochen angekündigt wurde, wird jetzt sichtbar. — Man beginnt, sich auf einen neuen Zahlungsmodus

An unsere Leser.

Der Feiertage wegen erscheint die nächste Nummer der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ am Dienstag, den 28. Dezember.

Der Verlag.

zu einigen. Deutschland soll nicht mehr mit Geld, sondern mit Arbeit zahlen, und die „Vossische Zeitung“ macht schon einen Vorschlag, diese Anspornung in Gesellschaftsform zu bringen. Mit anderen Worten: Die Ausquetschung soll geschränkt oder wie man sich finanziell ausdrückt, konfiskiert werden. Man möchte ein Ausquetschungsunternehmen errichten, in das Deutschland seine Proletariat und Frankreich seine Forderungen einbringt.

Selbstverständlich glauben die Vorschläger nicht an einen Fortschritt. Sie wissen, daß Frankreich nicht nachgeben wird. Aber das ist für sie auch nicht die Sorge. Die Sorge ist, wie sie verhindern können, daß die Ausquetschung Deutschlands durch revolutionäre Aktionen beendet wird. Zwar betonen sie noch: keine deutschen Produktionsobjekte dürfen verpfändet werden, oder sie wissen ganz genau, daß eine Konsolidierung der deutschen Schuld ohne Großverständnis deutscher Produktionsobjekte unmöglich ist. Sie geben also die deutsche Wirtschaftselbständigkeit preis. Das nennen sie Kontinentalpolitik. Selbstentmannung auf Aktien oder Obligationen ist der Sinn dieser Wirtschaft. Sie propagieren die Zahlung durch das Reich, d. h. der Staat soll die Aufträge an die Privatindustrie verschlagen und Abrechnungstelle sein. Auf solche Weise hoffen sie, die Wiedergutmachung vor allem sich selbst zu sichern. Die Miensschulden hat ja nicht das Privatkapital, sondern das deutsche Proletariat zu schleppen. Die Entschädigungsschulden und die Schulden für Entente-Produktionsmaterial, an dem das deutsche Proletariat schuftet darf. Soßklaverei der deutschen Arbeiterschaft im Kolossalausmaß und unter dem Druck einer Fiesenhypothek, das ist das Ziel dieser Vaterlandskreier. Sie rechnen dabei mit der Abgabe besonders der Vereinigten Staaten, die mittels Befreiung Deutschlands unsere Zahlkraft und damit ihre Kredite an Frankreich stabilisieren und ihr Geschäft beleben wollen.

Diese Preisgabe geschieht, während im Osten nah und greifbar ein ungeheures Objekt ist, an dem sich Deutschland heften kann. Man braucht nur den Anstoß an Sowjet-Rußland zu vollziehen, aber man weiß, daß dieser Anstoß den naturnotwendigen Fortgang der sozialen Revolution bedeuten würde. Man weiß, daß die russische sozialistische Güterwirtschaft nicht an den Grenzen Halt machen darf, daß sie von einem Gesetz getrieben wird. Dieses Gesetz ist ein Sekundengesetz. Allerdings kein geldwirtschaftliches Sekundengesetz, sondern ein güterwirtschaftliches Ausgleichsgesetz. Darauf pfeifen jene Bestenhaltenden. Sie wollen keine Güterwirtschaft, sie wollen die Stabilisierung der Geldwirtschaft, möge sie sie die ganze Produktionselbständigkeit kosten. Denn zu leiden haben ja nicht die Privatwirtschaftler, zu leiden hat das Proletariat. Es ist die alte Verantwortungssache: Man führt Millionen ins Elend und in den Tod, wenn man nur in der sättigenden Steppe bleiben kann.

Aber selbst das Zustandekommen jenes Affordes würde die Revolution nicht vernichten. Der Afford würde die Revolution wohl einige Zeit aufhalten. Er würde vielleicht einen neuen Krieg zur Folge haben. Aber ob Anechtung ohne Waffenablieferung, ob Anechtung durch imperialistische Waffenablieferung, die Revolution wird weitergehen. Denn sie ist jenes Naturgesetz, dessen Befolgung in Sowjet-Rußland begonnen hat, und gegen das sich der Westen vergeblich anstrenzt. Er kann ruinieren, aber die Revolution aufhalten kann er nicht. Die vielen Millionen güterwirtschaftlich Gerüsteten stehen gegen die wenigen geldwirtschaftlich Gerüsteten. Der Ausgang kann nicht zweifelhaft sein.

Der Verschmelzungsparteitag der Kommunisten.

4. Tag. Berlin, den 8. Dezember 1920.

Es werden heute Betriebe stillgelegt und die Gewerkschaften beschäftigen sich nicht damit. Die Kommunisten müssen die Gewerkschaften zwingen, Stilllegungen zu verhindern. Wenn die Gewerkschaftsbürokratie in ihren Ar-

beitsgemeinschaften mit den Unternehmern auf gutem Fuße steht, so soll sie zeigen, was sie kann, wenn es die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen gilt. Es darf auch nicht wieder vorkommen, wie in der „Hamburger Volkszeitung“, daß die Stilllegung einer Margarinefabrik unkommentiert mitgeteilt wird. Wir müssen die Frage der Betriebsbesetzung in den Gewerkschaften aufrollen. Allerdings dürfen keine Illusionen erweckt werden. Die Befehle der Betriebe und die Fortführung der Produktion in ihnen erfordert die Befehle der Banken und den Kampf um die politische Macht. Zur Führung dieses Kampfes aber gilt es die Gewerkschaften zu revolutionieren. Es hat keinen Wert, nur von Verrätern zu sprechen, wir müssen die Gewerkschaften vor diese praktischen Aufgaben stellen. Erfüllen sie diese Aufgaben nicht, dann werden die Massen der gewerkschaftlich Organisierten den Ruf gegen die Verräter selber erheben. Wenn wir so praktische Arbeit leisten, werden wir fähig sein, die Bürokratie hinauszuerwerfen, wenn wir uns beschränken auf Schimpfereien, werden wir hinausgeworfen werden von der Bürokratie.

Eine andere brennende Frage ist die Lebensmittelnot.

Auch hier können wir uns nicht auf die Kritik beschränken. Wir müssen positive Wege zeigen. In der Ausweglosigkeit, die die Lebensmittelnot für die Rechtssozialisten bedeutet, haben sie zu dem verzweifelten Mittel gegriffen, Arbeitslose aufs Land zu schicken, damit sie sich Lebensmittel holen. Dieser Weg ist falsch. Er bringt das städtische und das ländliche Proletariat in einen Gegensatz. Stadt- und Landarbeiter müssen miteinander in Verbindung treten und gemeinsam kämpfen. Die Kontrolle der Produktion in Stadt und Land muß begonnen, der direkte Austausch in die Wege geleitet werden. Das wird geschehen müssen ohne Erlaubnis der Behörden. Noch ist mit ihrer Erlaubnis niemals eine Revolution gemacht worden. Wir werden die Macht zu dieser revolutionären Lösung der Lebensmittelfrage haben, wenn wir die Massen der Gewerkschaftsmitglieder dazu mobilisieren.

Ein anderes ist die Kohlenfrage. Hier müssen die Bergarbeiter die Kohle bereithalten für Lieferungen an die Betriebsräte, stillgelegte und eingeschränkte Betriebe. Es muß erzwungen werden, daß diese Betriebe auf Verlangen ihrer Betriebsräte mit Kohle zuerst beliefert werden. In allen diesen Fragen müssen die Leiseführer der kommunistischen Partei über die Kontrolle der Produktion zum Ausgangspunkt unserer Tätigkeit in den Gewerkschaften gemacht werden. Das beste Propagandamittel, das wir haben, aber ist die Aktion selbst.

Noch einige Worte zum Sozialisierungsschwindel. Alle die Vorschläge der verschiedenen Kommissionen sind nichts anderes als die auf die Spitze getriebene Arbeitgemeinschaft. Auch hier wollen wir uns nicht rein negativ verhalten. Der erste Anfang zu einer wirklichen Sozialisierung, die die Produktion nicht wie bei den Vorschlägen von Sinnes his Hülfedung, in die Herrschaft einer Kapitalistengruppe oder des kapitalistischen Staates, sondern in die Hände der Arbeiterschaft, ist die Kontrolle der Produktion. Im Kampf um sie werden die Schwindler von Legien-Hilferding bis Sinnes sich als Schwindler enttun.

Zum Verhältnis der Betriebsräte zu der Gewerkschaft ist zu sagen, daß sie keine Gegenkräfte sind, daß sie den Kampf gemeinsam führen müssen. Wenn heute ein Gegensatz zwischen ihnen besteht, so darum, weil die Gewerkschaften veränderten sind. Wir müssen uns dagegen wenden, daß die Gewerkschaften nur die freigewerkschaftlichen Betriebsräte zusammenschaffen wollen. Es ist das eine Todsünde gegen den Geist der Räte. Wir müssen jene Schichten erfassen, die anders oder nicht organisiert sind und die wir zum Kampfe sammeln müssen um den organisierten Vortrupp, sonst brauchen wir keine Räte, sondern nur gewerkschaftliche Vertrauensleute. Deshalb auch muß eine gewisse Selbständigkeit der Betriebsräte gewahrt bleiben, wobei wir nicht um die Form, sondern um den Inhalt kämpfen wollen. Auch die Form der Gewerkschaften selbst ist heute veraltet. Fast überall werden die Kämpfe heute in Industrie-

gruppen geführt. Daher müssen wir die Kampforientierung anpassen und aus Berufsverbänden in Industrieverbände umwandeln. Die große Zahl der heute bestehenden Berufsverbände gibt der Bürokratie die Möglichkeit, in Kämpfen die Arbeiterschaft mittels der veralteten Organisationsform und Satzungen zu spalten und den Kampf zu sabotieren. Auch die Trennung von Arbeitern und Angestellten muß überwunden werden. Nur in ihrer Zusammenarbeit ist der Kampf um die Produktionskontrolle möglich. Das erfordert die Bildung gemeinsamer Industrieverbände. Die Asa bedroht die Anhänger dieses Gedankens mit dem Ausschluß. Wir können aber sagen, daß wir die Unterdrückungsmaßnahmen der Gewerkschaftsbürokratie so wenig fürchten wie die Bourgeoisie selbst. (Fortsetzung folgt.)

Internationale.

Rösig Konstantin.

Meldung. Rösig Konstantin ist in Athen eingetroffen. Er begab sich unter unbefreiblichem Jubel der Bevölkerung zunächst zur Kathedrale und dann in den königlichen Palast.

Was es mit dem „unbefreiblichen Jubel der Bevölkerung“ auf sich hat, weiß man ja so ungefähr, wenn man daran denkt, wie bei ähnlichen Anlässen die gesamte bürgerliche Presse-Heute geschickt Stimmung zu machen versteht. Und wenn sie ausbleibt, wird sie eben für die Presse erdichtet.

Nach dem Sieg zum Aufbau.

„Rosta Wien“ meldet aus Moskau: Sämtliche Gewerkschaften, Betriebsräte, Arbeitkomitees und Abteilungen des Volkswirtschaftsrats haben folgenden Befehl erhalten:

Die aus der Roten Armee zurückkehrenden oder zurückberufenen Arbeiter sind unverzüglich mit Wohnung, Heizung und Beleuchtung zu versorgen und haben sofort an die Arbeit in den Betrieben heranzutreten.

Tomski, Vorsitzender des Zentralgewerkschaftsrats
Miljutin, Vertreter des Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates.
Schmidt, Arbeitsvollstreckungsamt.

Republik Deutschland

Zum Kampf gegen die Not!

Schließlich hilft alles Strauben nichts, schließlich kann auch der geschickteste Zahlenjongleur die harten Tatsachen nicht mit Zeitungspapier aus der Welt schaffen, kann dem Hunger im Massenmaß nicht in eine Magenüberladung verwechseln. So gibt das Reichsarbeitsministerium, das drei Monate lang die Erwerbslosenziffer kramphast „geleckt“ hat, nunmehr ein Steigen der Arbeitslosigkeit zu. Die kapitalistische Regierung hat allen Forderungen der Arbeitslosen gegenüber hartnäckig geblieben, die sie elendiglich darben läßt, mit ihrer Jammeruntersagung den vielen Tausenden von Arbeitslosen-Kindern an nicht die geringste Weihnachtsfreude gestattet, macht nun bei Arbeitslosen ein zweifelhaftes Weihnachtsgeschenk. Zu lindert sie nicht das Elend, aber zur Erhöhung ihrer Weihnachtsfreude gibt sie kein Vorhandensein zu, weil es riesengroß geworden, daß man es nicht mehr abzuquagen kann. So schreibt man denn:

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, weist die Zahl der Unterstützten der Erwerbslosen im Reich die seit dem 15. September dieses Jahres in langsamem Rückgang begriffen war, nach der Erhebung vom 1. Dezember wieder eine Steigerung auf. Am 1. Dezember waren 276 539 Männer und 73 763 Frauen, insgesamt 350 302 Personen als Hauptempfänger unterstützt, gegen 348 699 am 15. November und 348 747 Zuschlagsempfänger (Familienangehörige) gegen 338 961 am 15. November. Von 350 302 unterstützten Erwerbslosen im Reich entfallen 174 auf Preußen, davon 87 609 auf Groß-Berlin, 92 019 auf Sachsen, 21 496 auf Hamburg. Aus der hohen Zahl unterstützten Erwerbslosen muß auf nicht weniger als 3 Millionen von Arbeitslosen, die keine Unterstützung empfangen

Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.

Von Friedrich Engels.

(Fortsetzung.)

Sowohl die industrielle Hochkultur als auch die primitivsten Archaismen, wie der Ackerbau, sind durch den Fortschritt großer kapitalistischer Produktionsmittel, werden zu derjenigen Form der Bergeshaltung größerer Massen von Produktionsmitteln, die uns in den verschiedenen Arten von Aktiengesellschaften gegenübertritt. Man hat bisher Produktion und Vertriebsmittel fast von vornherein so isoliert, daß sie, wie die Eisenbahn, jede andere Form kapitalistischer Produktion ausschließen. Auf einer gewissen Entwicklungsstufe genügt auch diese Form nicht mehr, die industriellen Produktionsmittel sind mit bestimmten Produktionsmitteln vereinigen sich zu einem „Trust“, einer Vereinigung zum Zweck der Regulierung der Produktion; sie bestimmen das zu produzierende Mengenquantum, verteilen es unter sich und erheben es den im Bereich stehenden Verkaufspreis. Die solche Trusts aber bei der ersten höchsten Geschwindigkeit nicht aus dem Blick gehen, werden sie eben dadurch zu einer noch langwierigeren Bergeshaltung; der ganze Produktionsprozeß vermindert sich in eine einzige große Aktiengesellschaft. Die industrielle Revolution stellt dem primitivsten Ackerbau wieder einen Gesellschafts Trust; wie dies nach 1850 mit der englischen Aktiengesellschaft geschah, die jetzt, nach der Schließung anderer als großer Trusts, in der Hand einer einzigen, ebenfalls primitiven, Gesellschaft mit einem Kapital von 120 Millionen Mark betrieben wird.

Gesellschaft vor der planmäßigen Produktion der hereinbrechenden sozialistischen Gesellschaft. Allerdings zunächst noch zu Rang und Namen der Kapitalisten. Hier aber wird die Ausbeutung so handgreiflich, daß sie zusammenbrechen muß. Ein Teil würde eine durch Traktat geleitete Produktion, eine so unerschöpfliche Ausbeutung der Gesamtheit durch eine kleine Hand von Kapitalgebern sich gefallen lassen.

Es aber ja, mit oder ohne Traktat, muß schließlich der sozialistische Republikanismus der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, die Leitung der Produktion übernehmen. Diese Notwendigkeit der Verwirklichung in Staatsgewalt tritt zuerst

„Ich sage noch, denn nur in dem Falle, daß die Produktionsmittel der Leitung durch Aktiengesellschaften möglich sind, daß alle die Produktionsmittel konzentriert und vereinigt sind, nur in diesem Falle können sie, auch wenn der jeweilige Staat sie nicht, eine sozialistische Form, die Erziehung einer neuen Richtung zu den Produktionsmitteln durch die Gesellschaft selbst. Es ist aber notwendig, daß der Staat sich eine bestimmte Grenze, ein gewisses künftiges Kapitalquantum anordnet, und hier und da in einige Produktionsmittel einbringt, der jede Produktionsmittel die Wirtschaft, ohne weitere für sozialistisch erklärt. Allerdings, ohne die Verwirklichung des Labels sozialistisch, so jähren Kapitalisten und Arbeiter mit unter den Zeichen des Kapitalismus. Wenn der höchste Punkt mit ganz allmählich politischen und sozialen Grenzen, eine sozialistische Form, ohne weitere für sozialistisch erklärt. Allerdings, ohne die Verwirklichung des Labels sozialistisch, so jähren Kapitalisten und Arbeiter mit unter den Zeichen des Kapitalismus. Wenn der höchste Punkt mit ganz allmählich politischen und sozialen Grenzen, eine sozialistische Form, ohne weitere für sozialistisch erklärt. Allerdings, ohne die Verwirklichung des Labels sozialistisch, so jähren Kapitalisten und Arbeiter mit unter den Zeichen des Kapitalismus.“

hervor bei den großen Verkehrsanstalten: Post, Telegraph, Eisenbahnen.

Wenn die Krisen die Unfähigkeit der Bourgeoisie ferneren Verwaltung der modernen Produktionskräfte aufweist, so zeigt die Verwandlung der großen Produktions- und Verkehrsanstalten in Aktiengesellschaften, Trusts und Staatsgewalt die Unbeherrlichkeit der Bourgeoisie für jenen Zweck. Die gesellschaftlichen Funktionen der Kapitalisten werden jetzt von den Angestellten versehen. Der Kapitalist hat keine gesellschaftliche Tätigkeit mehr, außer Aktien-Einsprüche, Konzessionsabschlüssen und Spielen an der Börse, wo die verschiedenen Kapitalisten untereinander sich ihr Kapital nehmen. Hat die kapitalistische Produktionsweise zu Arbeit verdängt, so verdrängt sie jetzt die Kapitalisten verweist sie, ganz wie die Arbeiter, in die überflüssige Bevölkerung, wenn auch zunächst noch nicht in die industriellen Reservarmeen.

Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften, Trusts, noch die in Staatsgewalt hebt die Kapitalistenschaft der Produktionskräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften und Trusts liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise auszuheilen zu erhalten. Uebergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten.

Der moderne Staat, was auch seine Form, ist wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, über die Gesamtgesellschaft. Je mehr Produktionskräfte er in Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesellschaft, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter, selbst, Proletariat. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. (Fortsetzung folgt.)

geschaffen werden. Ferner drückt sich die erste Lage des Arbeitsmarktes nach wie vor in der sehr hohen Zahl der Kurzarbeiter aus und in dem ständig wachsenden Umfang, den die Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge annehmen.

Während das reichgewordene Schiebertum schwelgt, die Luxusrestaurants der Großstädte überfüllt sind, jeder irdische Bedarf angeboten und für phantastische Preise gekauft wird, während die Warenlager voll sind mit Kostbarkeiten für die Kapitalistenfamilien zu Weihnachten, steht der Arbeiter, der Angestellte, der kleine Beamte mittellos vor den Schaufenstern, unfähig, seine hungerigen Mäuler zu Hause auch nur kalt zu machen. Täglich finden neue Stilllegungen, Betriebseinschränkungen statt. In der Kalt-Industrie finden neue Entlassungen statt. So wächst das Heer der Elenden, der Arbeitslosen und Kurzarbeiter und mit ihm das der Elendeten unter ihnen, die Zahl derer, die aus den Erwerbslosenlisten gestrichen sind, die ohne einen roten Heller auf der Straße liegen.

Die Arbeitslosen und mit ihnen die gesamte Arbeiterschaft, die Millionen, die heute noch arbeiten dürfen für einen Hungerlohn und dabei nicht wissen, ob sie nicht morgen schon angewiesen sein werden auf die Arbeitslosenunterstützung, ob sie übermorgen noch ein Dach überm Kopfe haben, sie alle müssen sich erheben gegen das entsetzliche Elend, das sie zu erdrücken, ihre Familie zu vernichten droht. Die Vereinigte Kommunistische Partei ruft sie zur Aktion, zum Kampf um die Rettung der eigenen Existenz.

Die Arbeitslosen Blauens sind vorangegangen. Am 17. Dezember zwangen sie den Magistrat, in einer machtvollen Kundgebung vor dem Rathaus, trotz seines Sträubens, trotz seiner Ausrede, die Reichsregierung würde im Falle der Bewilligung der Forderungen der Stadt die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge sperren, zur Auszahlung einer Wirtschaftshilfe von wenigstens 150 Mfl.

In Berlin hat die kommunistische Stadtverordnetenfraktion den Dringlichkeitsantrag gestellt, den Magistrat zu beauftragen,

1. noch vor Weihnachten als einmalige Unterstützung zu zahlen: a) an Arbeitslose mit unterstützungspflichtigen Angehörigen den Betrag von 500 Mfl., b) an alle anderen Arbeitslosen den Betrag von 300 Mfl.
2. Zu den bestehenden Unterstützungssätzen bis auf weiteres bzw. bis zur Neuregelung des Unterstützungswezens einen Zuschlag von 100 Prozent zu leisten.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, haben Massenversammlungen und Demonstrationen stattgefunden.

Auch die kommunistische Landtagsfraktion in Sachsen hat folgende Anträge gestellt:

1. Die Regierung wird beauftragt, sofort eine Verfügung zu erlassen, welche die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung auf das Existenzminimum vorsieht. Gleichfalls hat sie in diesem Sinne auf das Reich einzumitteln.
2. Die Regierung wird beauftragt, mit allem Nachdruck beim Reich dahingehend zu wirken, daß die Forderungen der Eisenbahner und der Beamten restlos bewilligt werden.

Arbeitslosen im Reich müssen die Arbeitslosen zur Tat schreiten. Die gesamte Arbeiterschaft und ihre Organisationen müssen sich für diese Forderungen einsetzen. Die Bewegung innerhalb der Gewerkschaften, die mit dem Anruf der Stuttgarter Metallarbeiter eingeleitet wurde, gilt es vorwärtszudrücken. Vermag der Kapitalismus seinen Lohnsklaven keine Arbeit mehr zu geben, so muß er gezwungen werden, ihnen eine menschenwürdige Existenz zu gewähren. Hat der Kapitalismus dazu nicht die Kraft, so mag er verrecken.

Der Kampf der Berliner Arbeitslosen.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

In drei großen Versammlungen hatten am Dienstag die Arbeitslosen Berlins den Kampf für die Forderungen aufgenommen, die von der Vereinigten Kommunistischen Partei an die Berliner Stadtverordnetenversammlung gestellt worden waren. Der Antrag der kommunistischen Stadtverordneten, den Arbeitslosen mit unterstützungspflichtigen Angehörigen eine einmalige Beihilfe von 500 Mfl. und allen anderen Arbeitslosen eine Beihilfe von 300 Mfl. noch vor Weihnachten auszusuchen, war am letzten Donnerstag nicht mehr zur Verhandlung gekommen, weil die Rechtssozialisten schamlos genug waren, seine „Dringlichkeit“ nicht anzuerkennen. Am Dienstag sollte dieser Antrag als 18. Punkt auf die Tagesordnung kommen, um wieder seine Erledigung zu verhindern. Aber diesmal fanden die Arbeitslosen, die aus den Versammlungen zum Rathaus geströmt waren, vor den Toren. Unter ihrem Druck stimmten die Stadtverordneten für den Antrag der Kommunisten, die Arbeitslosenfrage sofort zu behandeln — mit Ausnahme der Rechtssozialisten, die sich durch Verlassen des Sitzungsraumes vor der Verantwortung zu drücken gesucht hatten.

Das Bild, das das Rathaus am Dienstag bot, war charakteristisch für den wahren Geist des „roten Berlin“. Vor den Toren die verendeten Massen, die in bitterer Kälte Hundentlang auf der Straße stehen müssen, um die Stadtvertretung — ihre „sozialistische“ Stadtvertretung — zur Beschäftigung mit ihren Forderungen zu zwingen, im Sitzungssaal die „sozialistische“ Mehrheit, gewählt und berufen, um für die Demonstranten draußen zu sorgen und sich schließlich zu dem „Entschluß“ aufrassend, ihre Forderungen — einer Kommission zu übergeben, und im Hause bewaffnete Sicherheitspolizei, zum Schutze der „Stadtveräter“ vor ihren eigenen Wählern bestimmt. Erst der entschiedene Protest unserer Genossen, die sich weigerten, unter solchem „Schutze“ zu liegen, konnte den Abzug der Sips erzwingen.

Der Aufmarsch der Berliner Arbeitslosen unter den Fahnen der K. P. D. hat schon bewirkt, daß die Behörden und die Regierung nicht länger die Arbeitslosen unbeachtet lassen können. Der Kampf hat begonnen, und die Arbeitslosen in einheitlicher Front mit der geschlossenen Arbeiterschaft marschierend, werden nicht eher ruhen, bis sie die Sicherung ihrer vollen Existenz durchgesetzt haben.

K. P. D. und die 3. Internationale.
Wie die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ mitteilt, ist die K. P. D. am 6. Dezember von der dritten Internationale als sympathisierende Partei anerkannt worden und wird von jetzt ab einen ständigen Vertreter in der Exekutive der dritten Internationale haben.

Die Tagesfragen der Gewerkschaftsbewegung.

Von Rich. Müller.
(11. Fortsetzung.)
7. Der politische Kampf.

Der politische Kampf ist nach dem Zusammenbruch vom November 1918 nicht mehr allein im Parlament, in Versammlungen, in der Tagespresse geführt worden, sondern er spielte sich auch auf der Straße ab, er trug einen revolutionären Charakter, er nahm die Formen des Bürgerkrieges an.

Nur ein kleiner Teil der Proletariat hatte im November 1918 erkannt, daß der Bourgeoisie die politische und ökonomische Macht entzissen werden muß und das das nicht mit Hilfe der Demokratie möglich ist, sondern nur mit Hilfe der Diktatur des Proletariats, und daß das nicht durch Verhandeln und Parlamentieren, sondern durch Anwendung anderer Mittel geschehen muß.

Die Bourgeoisie erkannte diese Gefahr. Sie schuf sich eine Söldnertruppe, sie machte aus der Reichswehr eine

Um in der Belieferung der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ keine Unterbrechung eintreten zu lassen, ist es notwendig, die Monatsabonnements bis spätestens zum 27. bei der Post, für Genossen bei den dafür in Frage kommenden Kassierern einzuzahlen, da sonst mit einer Belieferung nicht gerechnet werden darf.

Die Expedition.

Waffe zum Niederschlagen des Proletariats. Der Bürgerkrieg hat bereits zehntausende Opfer gefordert. Der Kampf in Rheinland-Westfalen, Mitteldeutschland und Berlin im vorigen Jahre zeigte, daß die Bourgeoisie das Proletariat niederschlägt, wenn es Rechte fordert. Der Märzkampf d. J. offenbarte uns die Rüstungen der Bourgeoisie, zeigte ihre Ziele und zeigte die ganze Brutalität dieser Gesellschaft.

Das Proletariat sollte aus diesen Kämpfen lernen. Es sollte endlich begreifen, daß es die Bourgeoisie mit denselben Waffen bekämpfen muß, mit denen die Bourgeoisie gegen das Proletariat kämpft.

Das Proletariat muß sich aber weiter darüber klar werden, daß die Bourgeoisie diese Kämpfe nur erfolgreich führen konnte, weil sie dabei von Teilen des Proletariats unterstützt wurde. Diejenigen Arbeiter, die den Rechtssozialisten folgen und für die Demokratie kämpfen, kämpfen für die Bourgeoisie und gegen das Proletariat. Diese Arbeiter rufen sich selbst und ihre Klasse zugrunde!

Diejenigen Arbeiter, die in den hinter uns liegenden Kämpfen für revolutionäre Betriebsräte oder für die Kontrolle der Produktion kämpften, kämpften für eine sozialistische Produktion, die nicht der Bourgeoisie, sondern der ganzen Menschheit das Leben, ein erträgliches Leben sichern soll. Die rechtssozialistische Partei hat sich in diesen Kämpfen auf die Seite der Bourgeoisie gestellt. Ja, ihre führenden Männer, vor allem Noske, waren die Feinde, deren sich die Bourgeoisie im Kampfe gegen das Proletariat bediente. Ihre Minister, ihre Presse, ihre Funktionäre waren die Helfershelfer der Bourgeoisie!

Aber all diese politischen Kämpfe zeigen doch, daß die Bourgeoisie vor keinem Mittel zurückschreckt, wenn sie ihre Macht behaupten will. Der Verlauf dieser Kämpfe muß das Proletariat veranlassen, seine Kampffront zu prüfen. Das gilt auf politischem Gebiete; es gilt aber auch für die weiteren Kampforganisationen des Proletariats, für die Gewerkschaften. (Fortsetzung folgt.)

Provinz.

Bezirksparteitag.

Bei der Nennung der Kandidaten ist uns insofern ein Irrtum unterlaufen, als es nicht Hamann-Sagan, sondern Hamann-Sagan zu heißen hat.

Achtung! Ortsgruppen. Achtung!

Am 2. Januar findet in Liegnitz ein Aufmarsch des Genossen Brandt über Organisationsfragen statt. Da es nicht möglich sein wird, alle Bewerber zum Aufmarsch zuzulassen, sind die Bewerbungen mit einem Entschluß der Ortsgruppenverbände rechtzeitig an das Sekretariat, Breslau 1, Nikolaistraße 49/50 zu richten. Das Recht zur Teilnahme haben nur diejenigen Genossen, die als Antwort auf ihre Bewerbung eine Teilnahmekarte erhalten. Alles Nähere wird noch bekanntgegeben.

Die Bezirksverbandsleitung.

se. Ziegler.

Arbeiter!

Weißt den Alkohol!

Polales.

Dreslau, den 24. Dezember 1920.

Zum Streit der Gemeindefarbeiter.

Der spontan ausgebrochene Verzweiflungskampf der Gemeindefarbeiter war nicht nur der Bourgeoisie und dem Kleinbürgerlichen Teilen des Proletariats arg in die Knochen gefahren, er hatte vor allem auch ihre Sprachorgane, die Presse, in Paris gebrannt. Sie erging sich in wütender Heiße gegen die Arbeiter. Das ist selbsterblich, und wir wundern uns darüber nicht. Es seien hier nur einige, besonders schöne Belegstellen dieser bürgerlichen Meinungsfabriken zum Ergötzen der revolutionären Arbeiterschaft festgehalten. So heulte Herr Dehke in seiner „Dreslauer Zeitung“:

Gewalt statt Recht!
Kleine Gruppen von Arbeitern, die ohnehin längst nicht zu den schlechtgestellten gehören, haben ihre Gewalt mißbraucht, um die städtischen Behörden, die auf Grund des allgemeinsten Wahlrechtes gewählt sind, gewaltsam sozial verändertes oder gar arbeiterfeindlich sind, in die Knie zu zwingen und einen Privatvorteil für sich ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit herauszuschlagen. Sie haben sich hinweggesetzt über Recht und Gesetz, sie haben gehandelt, ohne Fühlung mit ihren Gewerkschaften im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Vertretern im Magistrat und ohne Beachtung der neuesten Streikverordnung, die gesetzliche Kraft hat.

Wir fragen, wie lange soll das so weitergehen? Wir haben aus dem Munde von Leuten, die es besser wissen könnten, die Neuerung gehört: bei uns im Osten gebe es eine Gefahr nur von rechts. Sind diese Politiker auch angesichts dieses neuesten Gewaltstreikes der Breslauer Gemeindefarbeiter blind gegen die tödlich und ständlich drohenden Gefahren von links? Wünschen sie einen Zustand aufrechtzuerhalten, bei dem das Schicksal einer Stadt in die Hand einer Anzahl bolschewistisch gesinnter Arbeiter gelegt ist? Haben sie kein Gefühl und kein Verständnis dafür, daß Deutschland nur gesund kann, wenn das wieder eintritt, was wir am dringendsten brauchen: die Achtung vor dem Gesetz, die Rücksicht auf die Mitmenschen, das Nichtbewußtsein gegenüber der Allgemeinheit?

An die Stelle Sr. Majestät des Kaisers ist Sr. Majestät der wilde Streik getreten, gleich herrlich, gleich unverständig, gleich beschränkt. Wir wollen aber überhaupt keine Majestät, wir wollen eine gesunde Demokratie, in der jeder einzelne Diener des Ganzen ist, und sich keiner gewalttätig über die Allgemeinheit erheben darf.

Es bedarf des Zusammenschlusses der Gesambevölkerung, um den Gemeindefarbeiter hochzuhalten nicht nur gegenüber den monarchistischen, sondern auch den proletarischen Machtgelüsten, die über Gesetz und Ordnung hinweg unser aus tausend Wunden blutendes Vaterland wieder in das Chaos hineinstößen wollen, aus dem die erdrückende Mehrheit des Volkes sich herauszuarbeiten mit aller Anstrengung, mit allen Entbehrungen und mit dem besten Willen bemüht ist.

Aläglich, Herr Dehke! Sehr kläglich, trotz der Wert, die aus Ihrem Geschreie spricht. Es beweist, daß Sie wirtschaftlich besser, als die nach Ihrer Meinung „nicht schlechtgestellten“ kleinen Arbeitergruppen stehen. Sie würden sonst aus eigener Erfahrung wissen, daß Not kein Gesetz kennt. Schlafen Sie beruhigt. Die Peitsche für die Arbeiterschaft, nach der Sie schreiben, ist da. Sie verlangen: Achtung vor dem Gesetz, Rücksicht auf die Mitmenschen, Pflichtbewußtsein gegenüber der Allgemeinheit. Sehr schön gesagt. Vielleicht erlauben Sie sich gelegentlich in Ihren kapitalistischen Kreisen, wie es dort damit steht. Ueber Ihre „gesunde Demokratie“, wie Sie sie auffassen, lachen die Hühner.

Die „Schlesische“, das Kappistenblatt, erreichte den Gipfel der Frechheit. Sie schrieb u. a.:

Das ist ja eine der vielgepriesenen Errungenschaften des 9. November 1918, daß eine kleine Gruppe rückwärtsgerichtet zur Durchsetzung irgend welcher eigensüchtiger Absichten ein großes Gemeinwesen terrorisieren und Hunderttausende ihrer Mitmenschen in persönliche und wirtschaftliche Not bringen kann, ohne daß die Urheber eine Strafe dafür zu gewärtigen haben. Auch in diesem Falle wird man wohl kaum erfahren, wer die eigentlichen Schuldigen an der sinnlosen Streikerrei sind. Solange diese Art „Freiheit“ noch kein Ende nimmt, ist eine Besserung der ganzen Lage unseres Volkes nicht zu erwarten.

Der „General-Anzeiger“, das Blatt, in dem alles zu finden ist, gab seiner Freude Ausdruck, daß auch die Mehrheitler gegen die Streikenden „stänbhaft“ geblieben waren und der Streikerlaß (vom Mehrheitssozialisten Keulrich mitunterzeichnet) „an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ“. Dann heißt es weiter:

„Vor allem wurde aber sowohl seitens der Gewerkschaften, wie seitens des Magistrats mit Recht darauf hingewiesen, daß die Haltung der Streikführer nicht eine solche sei, wie sie die Gepflogenheiten bei Tarif- und Streikverhandlungen mit sich bräuchten, denn jeder organisierte Arbeiter müsse wissen, daß ein Streik während der Verhandlungen wider die Gewerkschaftsmoral verstöße.“

Die — Gewerkschaftsmoral! Die Ähneln ja der bürgerlichen. Haben revolutionäre Arbeiter mit einer solchen etwas zu schaffen?

Die „Volkswacht“ sah bei dieser Gelegenheit öde in der Meinung. Welchs sie ihren Gefühlen freien Lauf lassen und in den allgemeinen Chorus mitschlagen. So war sie bei den Gemeindefarbeitern erlebte. Aber sie wußte sich zu helfen. Sie gab sich sogar den Anschein der größten Objektivität. Man möge den Dingen näher auf den Grund gehen, meinte sie und tat es mit folgendem:

„In glorreiche Politik, die mit dem 6. Januar 1919 einsetzte, hat uns eine ganz ungeheuerliche Ver-

tenierung aller Lebensbedürfnisse gebracht. Freie Bahn für die Ausbeutung, das war die sozialistische Lösung.

Das ist wissenschaftlich sozialistisch! Welche wirtschaftlichen Schönheiten hatte denn die alorreiche Politik der Mehrheits vor dem 6. Juni gebracht? War es da ein Haar anders? Man beweise es! Nachdem sie in ihre verlogene Wahlagitation glücklich angebracht hatte, stellte sie den Streit als einen Irrtum hin (aus einem Mißverständnis erwuchs nun der Konflikt), rief den Verband, der schon nach wenigen Stunden mit dem Verhandeln begann.

Die hahnenbüchse Behandlung der Arbeiterkommissionen seitens der Arbeitgebervertreter in der Schiedsstelle hat, wie wir erfahren, die ungeheure Erbitterung und damit auch den Streik hervorgerufen. Die Behauptung der „Volksmacht“ von einem Mißverständnis ist auch ein Beweis dafür, daß sie um die für sie unerquidliche Sache herumredet. Auch ihr scheinbares Weiter gegen den Streikerlaß mächt sie vor den Gemeindefreier nicht mehr rein. Verschiebt sie doch, daß dieser Erlaß von ihrem Parteigenossen Neufkirch mit unterzeichnet war.

Der Erwartung entsprochen.

Der Magistrat teilt mit: Nachdem die Arbeiterschaft in den Nachmittagsstunden des Dienstag bedingungslos (!) in die Betriebe zurückgekehrt und hierauf der bereits bekannte Spruch des Schlichtungsausschusses ergangen war, stimmte der Magistrat in einer Sonder Sitzung am Mittwoch vormittag nach etwa vierstündiger Beratung dem Schiedssprüche zu. Die nötigen Mittel — es handelt sich für die Zeit vom 1. Dezember d. J. bis 31. März 1921 um 2 Millionen Mark — sollen durch eine Erhöhung des Gaspreises von 1,40 Mark auf 1,55 Mark für den Kubikmeter aufgebracht werden.

Die strafrechtliche Verfolgung der für den wilden Streik verantwortlichen Personen ist bereits in die Wege geleitet worden.

Der Magistrat versucht also durch die Erhöhung der Gaspreise eine dauernde Erbitterung der übrigen Bevölkerung gegen die Gemeindefreier hervorzurufen. Hoffentlich durchschaut die Arbeiterschaft diese saubere Absicht. Deckung oder nicht, die Pleite ist ja doch längst da.

Der E. P. D.-Neufkirch

ist also dem Befehl seines Obergenerossen Ebert prompt nachgekommen und hat Strafantrag gegen die Streikführer gestellt. Uns können derartige „sozialistische“ Handlungen nur recht sein, und die eventuell Verurteilten werden angesichts der Lage nicht allzulange hinter Mauern zu schmachten haben.

Aus besonderen Gründen kann die Fortsetzung des Artikels „Ueberfremdung“, Bestrafung (Nrk.-Ztg. Nr. 169, 170) erst in der nächsten Nummer gebracht werden.

Eine Fülle von Sensationen bringt uns dieses Mal der Zirkus Dusch. Der berühmte Todespringer Gobbin-Bronz, Eifenkönig Breitbart, die 4 Luftkessel werden mit Carl-Althoff's Dressuren das größte Interesse erregen. „Im Reiche des Porzellans“, die entzückende Ballettschöpfung, bringt farbenfreudige Bilder in höchster Vollendung.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt Fritz Alboch; für Inserate: Liebmann & Meyer.

Druck: Buchdruckerei Häffel & Dantzel, sämtlich in Breslau.

Sind Lungenleiden heilbar?

erhalten von uns ein Buch mit Abbildungen aus der Feder eines bekannten Arztes über das Thema: „Sind Lungenleiden heilbar?“ Um jedem Kranken Gelegenheit zu geben, sich Aufklärung über die Art ihres Leidens zu verschaffen, haben wir uns entschlossen, jedem dieses Buch vollständig umsonst zu übersenden. Man schreibe nur eine Postkarte an Puhlmann & Co., Berlin 274, Müggelstraße 25a.

Stadttheater.
Sonnabend 7 Uhr:
Die Bauberslöde.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Anon.
Sonntag 7 Uhr:
Othello.

Jobe-Theater.
Täglich 3 1/2 Uhr:
Struwwelpeter.
Sonnabend, Sonntag
7 1/2 Uhr:
Die Freundin.

Thalia-Theater.
Täglich 3 1/2 Uhr:
Fischhändler.
Sonnabend, Sonntag
7 1/2 Uhr:

Madame Bonivard.

Schauspielhaus.
Operettenbühne, El. N. 2545
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der letzte Walzer.
Sonnabend 3 1/2 Uhr:
Der Zigeunerprimas.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Ein Walzertraum.

Liebig-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Gastspiel
der bekanntesten Wiener
Schauspielerin
Gisela
Werbezirk
in ihrem
arkadischen Sketch
„Die Lieblingsfrau
des Maharadscha“
Ferner:
Das große
Weihnachts-Programm.

Ober-Bayern
Gartenstr. 63
Täglich
die uridelen
Oberlandler
Bauer, Bäcker, Metzger.

Palast-Theater
Stuart Webb
**Die Rose
des Entlegens**
Dazu:
Die Gimpel

ZEPTER-KINO
Harry Piel
als Affenschnitz
Täglich
Dazu: Die
Hänsel und Gretel

Große Radrennen
auf der eigens erbauten 170 Meter langen
Holzradrennbahn in der Jahrhunderthalle
Veranstalter: Max Sust und Alb. Seifert
Sonnabend, den 25. Dezember 1920, nachm. 4 Uhr
Grosser internationaler Flieger-Wettkampf
4 Läufe à 1020 Meter, Gesamtpreise 10000 Mk.
Internationaler Länder-Wettkampf
Italien - Holland gegen Deutschland
Mannschafts-Verfolgungsrennen. Gesamtpreise 5000 Mk.
Dauer-Rennen über 50 km.
Gesamtpreise 20 000 Mk.

Es starten: Rütt, Lorenz, Stabe, Tadewald, Schrage, Packebusch, Herbst, Thomas, Saidow, Krupka, Stellbrink, Tschmer, Pawka, Abergger, Gebr. Nuschke, Wegmann, Zurich, Sivocci, Bolzoni Italien, Biekemeien, Vermeer Holland usw.

Kasseneröffnung 3 Uhr. Alles nähere siehe Plakate.

Matthias-Kino.
Matthiasstrasse 21
und Mollkestrasse 9.

Das große
Festprogramm!
MIRVAL
der Löwenpeiniger
4 Akte — dazu
Lederstrumpf
I. Teil
Wildtöter
und
Chingachgeok
6 Akte

**CIRCUS
BUSCH**
Luisenplatz
eröffnet am
Sonnabend 25. Dezember
I. Weihnachtstag nachm. 3 1/2 Uhr
Feiertag abends 7 1/2 Uhr
seine diesjährige Breslauer Winterspielzeit

Odertor-Lichtspiele
Weinstrasse 53/55.

Nur 1. Feiertag:
Die große Sitten-Tragödie
Die arme Sonne
Casal Oswaldas
bester Landschläger!
Das Valentinmädchen

2. und 3. Feiertag:
Prachtvoller Festprogramm:
Meisterdetektiv
MIC CARTER in
**Der Vampyr
von St. Louis**
Sensat. Abenteuer-Drama
Der schändliche Verdacht
spann. Kriminal-Tragödie

1. u. 2. Feiertag 3 Uhr:
große Jugend-Feierabend

Schauburg
Viktoria-Theater
Kest Taschenstraße

Ab 1. Feiertag:
2 Erstauflührungen:
Harry Piel
in
**Das Gefängnis
auf dem
Meeresgrund**
— Außerdem:
Napoleons größte
Liebesleidenschaft
**Gräfin
Walewska**
6 Akte mit
Neila Moja

3. Feiertag ab 3 Uhr
„**Endonnet**“
Kriminalroman
Jin-Jitsu-Meister

Tegethoff
der große Illusionist
Film-Schau:
2 Erstauflührungen:
Dankt ihr in
**Die
Höllensöhne**
6 Akte

— Außerdem:
**Tragödie
einer Liebe**
Tolle Burleske

DKO-Kino
Ab 1. Feiertag:
2 Erstauflührungen:
Harry Piel
in
**Das Gefängnis
auf dem
Meeresgrund**
— Außerdem:
Napoleons größte
Liebesleidenschaft
**Gräfin
Walewska**
6 Akte mit
Neila Moja

**Frauen
keine Angst**
Bei Ansbrechen u. Störungen d. Periode. Meine unübertroffen Mittel bringen einzeln u. allein Hilfe. Erfolg meist schon in einig. Stunden ohne Berufsstörung. Garant. unschädlich. Garnit. 4 Präparate, extra stark 30M. Hochwicht. Aufklärungsschrift 1.— M. Wiederholter. Kostenlos gesandt. Altona, Berlin, S. 154, Dresdener Str. 70.

**Militär- und
Zivil-Garderobe**
Neu gemacht, geputzt, gereinigt, maßgeschneidert u. schicklich. Weststr. 21. in Zabor.

Walhalla-Theater
Am Wachtplatz.
Das nord. Monumentalwerk
Leticia Kosman in
**Eines grossen
Mannes Liebe**
Tieferschütterndes Lebensbild
eines schlichten Mannes, der
den Völkern mit einem Fürstentum
schenkt, 1. u. 2. groß. Akte.

Arbeits-Musik in
Der Viererzug
Gleichzeitige Lesung
Kostüm- und Szenen!

Union-Theater
Gruppenstrasse 6/8.
Sensationelle Entstellungen
s. d. Lesener Verführerwerk
Mauwürfe
Ausschnitt packender Liebes-
und Abenteuer-Roman einer
Dollarsprachensprache, 4 Tage Liebe
eines verwegenen Verführers
schenkt, 1. u. 2. groß. Akte.

Die Liebeskur
Famose Scherzgeschichte eines
Don-Juan, in 2 groß. Akte.
Entzückende Kostüme!

Übermorgen
8 Uhr abends: Beginn des 6-Tagerennens
in der Jahrhunderthalle.
Start und Besucher werden kinematographisch aufgenommen.
Straßenbahnverkehr: Linie 1 und 18 während der ganzen Nacht.

Central-Ball-Saal
(Deutscher Kronprinz) A. Hahn
Westendstrasse 50/52, Strassenbahnlinie 1 u. 21.
2. und 3. Feiertag
Großer Festanz

St. HUBERTUS-SALE
— Friedrich-Wilhelm-Strasse 32 —
2. und 3. Feiertag:
Großer Festanz
— Vornehme Musik —
wozu erg. einladet Richard Engel nebst Frau.

Sprechapparate
Schallplatten stets neueste Aufnahmen vorrätig
Reparaturen schnellstens und billig
Schallplattenbruch u. abgsp. Platten werd. gekauft
Wiener & Futter
Breslau 1, Schmiedebrücke 48.

Achtung!!! Gelegenheitskauf!!! Heel!!!
Billig!!!
2000 Meter gutes, breites Gummiband zum
Ersparnisse von 3.00 Mk. per Meter!! Versand
nach Auswärts per Nachnahme nicht unter 30 Meter.
Erica Frankel, Breslau 5, Grabschauerstr. Nr. 71

Abgespielte Grammophon-
Platten sowie Bruch kaufen wieder zu
höheren Preisen, ebenso gebrauchte Leiern
und Spieluhren.
Carl Sackur, Ring 54.

Inserate haben in der „Schlesischen
Nrk.-Ztg.“ größten Erfolg. Uhren verkauft od. repariert
Felix, Paradiesstr. 6

Günstiges Weihnachtsangebot in Rauchwaren!
Zigarrenhaus Allenstr. 50. Empfehle Prima Zigarren von 60 Pf. an
Zigaretten von 15 Pf. an ohne Mundstück, Rauch-, Kau- und Schnupftabake-
Pfeifen, Spizen, Zigaretten - Etuis.
Zigarrenhaus Allenstr. 50. (Bitte auf Nummer achten!)
Ich gewähre bei Weihnachtsinkäufen bei Vorlegung dieses Inserats
10% Rabatt.

Gast- u. Einkehrhaus „Neue Welt“
vorm. „Deutscher Kaiser“
Niederlage Giesmannsdorfer und
Münchener Biere, Verkehrs- und
Versammlungslokal der Neufstädter Genossen
der **Vereinigten Kommunistischen Partei
Deutschlands**
Neufstadt O.S., Bramsenerstraße Nr. 2
10 Minuten vom Bahnhof. Empfiehlt seine
Lokalitäten den hiesigen und auswärtigen Genossen.
Martin Gouffier.

+ Frauen +
Wenn alles versagt, dann
nehmen Sie bei
Periodenstörung
und Unregelmäßigkeiten
meine tausendfach bewährte
Präparate.
Preis Mk. 17.— u. 25.—.
Biele freiw. Danfeschreib.
Ferner empfehle:
Gummwaren
für Damen und Herren,
Epäspritzen, Frigatoren,
Seib- u. Monatsbinden.
Katalog gegen Einsendung
von Mk. 1.—.

Frau A. Gebauer
Breslau 6, An.
Deffauer Straße 1, II.
Ede Friedr.-Wilh.-Str. 36.

Wilmetallo
kauft
Jakisch, Neumarkt 26.

Salo Tichauer & Co.
Neue Taschenstraße 25b
Knechtstraße 43
Friedr.-Wilhelm-Str. 12
am Wachtplatz
Leistungsfähigste
Schuhwarenhäuser
am Platz.

Achtung! Wo?
kauft man neue und geb.
Hobel sowie ganze Ein-
richtungen am billigsten
und vertellhaftesten?
Bei **H. Kluge**,
Neumarkt 12, nur i. Etag.

Reparaturen
Fritzel, Uhrmacher, Mischstr.